

Stand: 06.05.2026 12:41:54

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/22367

"Familienbetriebe durch Gemeinsame Agrarpolitik stärken - EU-Agrarpläne nachbessern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/22367 vom 05.06.2018
2. Beschluss des Plenums 17/22614 vom 06.06.2018
3. Plenarprotokoll Nr. 133 vom 06.06.2018



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Alexander König, Angelika Schorer, Eric Beißwenger, Gudrun Brendel-Fischer, Anton Kreitmair, Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel, Thorsten Schwab, Klaus Steiner, Sylvia Stierstorfer, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder** und Fraktion (CSU)

Familienbetriebe durch Gemeinsame Agrarpolitik stärken – EU-Agrarpläne nachbessern

Der Landtag wolle beschließen:

Am 01.06.2018 hat Kommissar Phil Hogan seine Pläne zur Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für die Zeit 2021 bis 2027 konkretisiert.

Der Landtag begrüßt dabei die Absicht, die kleineren Betriebe stärker zu fördern und sieht hierfür auch die Einführung einer Degression und Obergrenze grundsätzlich positiv. Auch die Absicht, den Mitgliedstaaten mehr Flexibilität einzuräumen, unterstützt das Ziel nach mehr Subsidiarität und wird grundsätzlich als richtig angesehen.

Inakzeptabel sind allerdings die Kürzungspläne der Europäischen Kommission bei der Mittelausstattung der Gemeinsamen Agrarpolitik in der ersten und zweiten Säule sowie die weitere Verlagerung der Mittel von der ersten Säule in die zweite Säule der GAP.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert,

- sich im Sinne des Antrags mit der Drs. 17/22074 auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass die Mittel in der ersten und zweiten Säule möglichst auf bisherigen Niveau beibehalten werden;
- eine weitere Verlagerung der Mittel von der ersten Säule in die zweite Säule so weit wie möglich zu verhindern;
- gemäß dem bayerischen Prinzip „Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht“ darauf hinzuwirken, dass freiwillige Leistungen der Landwirte für Umwelt- und Klimaschutz und beim Tierwohl besser honoriert werden können. Dazu gehört auch die Möglichkeit, die Prämien bei Agrarumwelt-, Klima- und Naturschutzmaßnahmen mit einer Anreizwirkung versehen zu können;
- bei der Umsetzung der besseren Stützung kleiner Betriebe das Konzept der Förderung der ersten Hektare im Sinne des Beschlusses auf der

Drs. 17/16591 weiter auszubauen und sich weiterhin auch auf die Einhaltung der Forderungen des Beschlusses auf der Drs. 17/20638 einzusetzen.

Ferner wird die Staatsregierung aufgefordert,

- darauf hinzuwirken, dass die bürokratischen Lasten sowohl für die landwirtschaftlichen Betriebe, z. B. bei Nachweispflichten u. a. für Lohn- und Arbeitskosten auch für kleinere und mittlere Betriebe, als auch für die Mitgliedstaaten, z. B. bei den nationalen Strategieplänen und den Berichtspflichten, so gering wie möglich gehalten werden. Es muss zu einer spürbaren Verringerung gegenüber den Lasten in der laufenden Periode kommen. Neue oder zusätzliche Auflagen dürfen unsere Familienbetriebe nicht überfordern;
- darauf hinzuwirken, dass die sog. delegierten Rechtsakte auf ein Mindestmaß beschränkt werden und nur dann Anwendung finden dürfen, wenn daraus keine wesentlichen Konsequenzen für die Mitgliedstaaten verbunden sind oder die Mitwirkungsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten auf andere Weise gesichert werden können;
- dass bei bundeseinheitlichen Regelungen innerhalb der GAP, die Bedürfnisse der Familienbetriebe ausreichend berücksichtigt werden;
- dem Landtag über weitere Entscheidungen in Sachen GAP, die auf Landesebene getroffen werden, zu berichten.

Begründung:

In Bayern wirtschaften rd. 100.000 landwirtschaftliche Betriebe. Die Durchschnittsgröße ist mit rd. 30 Hektar deutlich kleiner als in vielen anderen Bundesländern. Die Produktionskosten sind daher in der Regel höher, weil Skaleneffekte weniger stark wirken können. Kürzungen bei den Direktzahlungen – sie nehmen bei bayerischen Betrieben trotz hohem Veredelungsanteil rd. 40 Prozent am Gewinn ein – wie nun von Kommissar Phil Hogan vorgeschlagen, führen nicht nur unmittelbar zu Gewinneinbußen bei den landwirtschaftlichen Betrieben in Bayern von nahezu jährlich 40 Mio. Euro, sondern bergen auch die Gefahr einer weiteren Intensivierung und einem damit verbundenen stärkeren Strukturwandel. Dramatische Folgen haben auch die Kürzungsvorschläge in der zweiten Säule (rd. 15 Prozent EU-weit) in Höhe von rd. 30 Mio. Euro für

Bayern. Rund die Hälfte der Betriebe in Bayern nimmt mit rd. 1 Mio. Hektar an bayerischen Umweltprogrammen teil. Eine Finanzierung der Maßnahmen im bisherigen Umfang wäre mit dieser Kürzung nicht mehr gesichert. Die vorgeschlagene Verlagerung der Mittel von der ersten Säule in die zweite Säule bringt nur vordergründig einen Vorteil, denn diese Mittel fehlen zur Einkommenssicherung in der ersten Säule. Die Landwirte müssten sozusagen ihre zusätzlichen Leistungen in der zweiten Säule selbst finanzieren. Davon abgesehen sollen nach Vorschlag der EU auch die Zahlungen in der ersten Säule an die Einhaltung von Umwelt- und Klimaauflagen geknüpft werden. Weniger Unterstützung und die Forderung nach immer mehr Leistungen überfordern unsere Familienbetriebe. Insgesamt ist die GAP in ihrer bewährten Zwei-Säulen-Struktur als zentrales Integrationselement der

EU wirkungsvoll zu erhalten, um sowohl agrarstrukturelle Ziele, agrarsoziale Ziele sowie Nachhaltigkeitsziele zu erreichen und einen Beitrag zur Sicherung vitaler ländlicher Räume zu leisten. Bei der Umsetzung der bisherigen GAP sind die bürokratischen Lasten für die Landwirtschaft als auch für die Verwaltungen außerordentlich hoch. Bei einer Reform muss es zu Entlastungen auf allen Ebenen kommen, sonst ist die Akzeptanz und damit die gesamte GAP gefährdet. Dies gilt auch, wenn Mitwirkungsrechte der Mitgliedstaaten durch sogenannte delegierte Rechtsakte ausgehöhlt werden würden. Eine bessere Honorierung der Leistungen der Landwirte im Agrarumwelt- und Naturschutzbereich, ggf. auch mit einer zusätzlichen Anreizwirkung führt zu einer Stärkung des bayerischen Prinzips „Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht“.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Alexander König, Angelika Schorer, Eric Beißwenger, Gudrun Brendel-Fischer, Anton Kreitmair, Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel, Thorsten Schwab, Klaus Steiner, Sylvia Stierstorfer Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/22367

Familienbetriebe durch Gemeinsame Agrarpolitik stärken – EU-Agrarpläne nachbessern

Am 01.06.2018 hat EU-Kommissar Phil Hogan seine Pläne zur Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für die Zeit 2021 bis 2027 konkretisiert.

Der Landtag begrüßt dabei die Absicht, die kleineren Betriebe stärker zu fördern und sieht hierfür auch die Einführung einer Degression und Obergrenze grundsätzlich positiv. Auch die Absicht, den Mitgliedstaaten mehr Flexibilität einzuräumen, unterstützt das Ziel nach mehr Subsidiarität und wird grundsätzlich als richtig angesehen.

Inakzeptabel sind allerdings die Kürzungspläne der Europäischen Kommission bei der Mittelausstattung der Gemeinsamen Agrarpolitik in der ersten und zweiten Säule sowie die weitere Verlagerung der Mittel von der ersten Säule in die zweite Säule der GAP.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert,

- sich im Sinne des Antrags mit der Drs. 17/22074 auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass die Mittel in der ersten und zweiten Säule möglichst auf bisherigem Niveau beibehalten werden;

- eine weitere Verlagerung der Mittel von der ersten Säule in die zweite Säule so weit wie möglich zu verhindern;
- gemäß dem bayerischen Prinzip „Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht“ darauf hinzuwirken, dass freiwillige Leistungen der Landwirte für Umwelt- und Klimaschutz und beim Tierwohl besser honoriert werden können. Dazu gehört auch die Möglichkeit, die Prämien bei Agrarumwelt-, Klima- und Naturschutzmaßnahmen mit einer Anreizwirkung versehen zu können;
- bei der Umsetzung der besseren Stützung kleiner Betriebe das Konzept der Förderung der ersten Hektare im Sinne des Beschlusses auf der Drs. 17/16591 weiter auszubauen und sich weiterhin auch auf die Einhaltung der Forderungen des Beschlusses auf der Drs. 17/20638 einzusetzen.

Ferner wird die Staatsregierung aufgefordert,

- darauf hinzuwirken, dass die bürokratischen Lasten sowohl für die landwirtschaftlichen Betriebe, z. B. bei Nachweispflichten u. a. für Lohn- und Arbeitskosten auch für kleinere und mittlere Betriebe, als auch für die Mitgliedstaaten, z. B. bei den nationalen Strategieplänen und den Berichtspflichten, so gering wie möglich gehalten werden. Es muss zu einer spürbaren Verringerung gegenüber den Lasten in der laufenden Periode kommen. Neue oder zusätzliche Auflagen dürfen unsere Familienbetriebe nicht überfordern;
- darauf hinzuwirken, dass die sog. delegierten Rechtsakte auf ein Mindestmaß beschränkt werden und nur dann Anwendung finden dürfen, wenn daraus keine wesentlichen Konsequenzen für die Mitgliedstaaten verbunden sind oder die Mitwirkungsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten auf andere Weise gesichert werden können;
- dass bei bundeseinheitlichen Regelungen innerhalb der GAP die Bedürfnisse der Familienbetriebe ausreichend berücksichtigt werden;
- dem Landtag über weitere Entscheidungen in Sachen GAP, die auf Landesebene getroffen werden, zu berichten.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Martin Schöffel

Abg. Gisela Sengl

Abg. Horst Arnold

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Dr. Leopold Herz

Staatsministerin Michaela Kaniber

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Angelika Schorer u. a. und Fraktion (CSU)

Familienbetriebe durch Gemeinsame Agrarpolitik stärken - EU-Agrarpläne nachbessern ([Drs. 17/22367](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

EU-Agrarzahungen müssen Agrarwende einleiten ([Drs. 17/22389](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD)

Die Gemeinsame Agrarpolitik sinnvoll weiterentwickeln - effektive Begrenzung der Direktzahlungen für die Agrarindustrie sicherstellen und Kürzungen im Umweltbereich verhindern! ([Drs. 17/22390](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Familienbetriebe durch konkrete Maßnahmen stärken ([Drs. 17/22391](#))

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Schöffel.

Martin Schöffel (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein EU-Umweltkommissar hat gesagt: Bei den agrarökologischen Leistungen will die EU einmal dort hinkommen, wo Bayern schon ist. – EU-Agrarkommissar Hogan hat in der letzten Woche seine neuesten Pläne zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik vorgestellt. Ich denke, es ist wichtig zu beurteilen, was das für die bayerische Landwirtschaft bedeutet.

Die Europäische Agrarpolitik spielt für die bayerische Landwirtschaft seit jeher eine bedeutende Rolle. Jährlich fließen rund 1,3 Milliarden Euro nach Bayern. Davon geht eine Milliarde Euro in die sogenannte erste Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik, die unter anderem die höheren Standards der Europäischen Union gegenüber Drittländern ausgleichen soll. Der Rest des Geldes geht in die zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik, die der Bund und auch wir gut kofinanzieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist völlig klar: Jeder weiß, dass die vielfältigen Leistungen unserer Bauern nicht durch die Marktpreise gedeckt werden. Deshalb hat dieses Politikfeld für uns eine ganz besondere Bedeutung. Bayern hat in der zweiten Säule seine Möglichkeiten bestmöglich genutzt, um den Landwirten beispielsweise durch das Kulturlandschaftsprogramm und durch den Vertragsnaturschutz ein umfassendes Angebot machen zu können. Kein anderes Land in Deutschland kann ein ähnliches Angebot vorweisen. Kein anderes Bundesland setzt so viel Geld ein. Was aber das Entscheidende ist: Wir haben in Bayern über eine Million Hektar Fläche, auf der die bayerischen Bauern agrarökologische Leistungen auf freiwilliger Basis erbringen.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Und wie viel ist das?)

– Rund drei Millionen, das ist schon ein bedeutender Anteil. Auch in der Vergangenheit war es immer wieder lohnend, dass Bayern die Vorschläge der Europäischen Union zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik ganz im Sinne unserer bäuerlichen Familienbetriebe kritisch bewertet und sich dafür eingesetzt hat, dass unsere Betriebe in Bayern auch eine Zukunft haben. Denken Sie zurück an die Sechzigerjahre und an den Agrarkommissar Sicco Mansholt. Zum Glück ist es nicht so gekommen, wie es damals vorausgesagt wurde. Mit unserem bayerischen Weg und dem Erhalt möglichst vieler selbstständiger Existenzen haben wir immer wieder eigene Akzente gesetzt, die mittlerweile Nachahmung in der ganzen Europäischen Union finden. Wir setzen auf viele selbstständige Existenzen, auf das Eigentum in der Hand der Bauern und auf die möglichst eigene Bewirtschaftung des eigenen Grundes. Wir setzen auf eine starke bäuerliche Kultur und einen lebendigen ländlichen Raum. Es ist genau unser Ansatz,

wenn Agrarkommissar Phil Hogan in Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020 kleinere Betriebe stärker fördern möchte. Da gibt es einen Zuschlag bei den Flächenprämien für die ersten Hektare. Das wurde bei der letzten Reform erstmals eingeführt, sehr zum Wohle der bayerischen Bauern. Aber auch Degression und Obergrenze sowie eine starke Ausgleichszulage in benachteiligten Bereichen soll es geben. All das stärkt die bayerischen Betriebe. Außerdem stärkt und erhält es unsere Strukturen, die ganz im Sinne der Verbraucher sind.

Die Kürzungspläne der Europäischen Kommission bei der Mittelausstattung der Gemeinsamen Agrarpolitik sind inakzeptabel, und zwar sowohl für die erste als auch für die zweite Säule. Das ist insbesondere deshalb inakzeptabel, weil man den Landwirten immer mehr Leistungen abverlangt. Wir wenden uns auch ganz klar gegen eine Verlagerung von Mitteln aus der ersten in die zweite Säule. Das sehen wir kritisch. Die Produktionskosten sind durch unsere Strukturen deutlich höher, weil Skaleneffekte weniger stark wirken können. Die Kürzungen bei den Direktzahlungen wirken sich aber gerade auf die bayerischen Familienbetriebe deutlich negativ aus. Rund 40 % des Gewinns unserer landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern sind trotz eines hohen Veredelungsanteils in der Produktion eben diese Direktzahlungen. Damit stabilisieren sie auch unsere Strukturen und unsere bäuerlichen Betriebe.

Wenn nun behauptet wird, dass die Mittel in der ersten Säule ohne Umweltleistungen vergeben werden, dann kann ich nur sagen, das ist falsch; denn wie jeder weiß, haben wir schon jetzt ein umfassendes Greening vorgeschrieben. Jeder weiß, dass es auch zukünftig Anforderungen an die gute fachliche Praxis geben wird. Wir vergleichen immer, lieber Herr Kollege, wie in Russland und in Südamerika produziert wird. Wir haben doch gesehen, wie dort Pflanzenschutzmittel, wie dort Düngemittel eingesetzt werden. Wir haben gesehen, welche Arbeitszeiten dort beispielsweise die Schlepperfahrer haben. Sie arbeiten 24 Stunden rund um die Uhr. Wir haben auch gesehen, wie dort die Bauauflagen sind. Unsere Bauern müssen aber mit dieser Produktion konkurrieren. Deshalb ist es richtig, dass wir eine erste Säule und eine zweite

Säule haben, wo wir unsere Umweltleistungen in besonderer Weise ausgleichen können.

(Beifall bei der CSU)

Dramatische Folgen haben auch die Kürzungsvorschläge in der zweiten Säule. Da wird über 15 % gesprochen. Das wirkt sich in Bayern mit 30 Millionen Euro aus. Das müssen wir in irgendeiner Weise und auf jeden Fall abwenden. Rund die Hälfte der Betriebe in Bayern – ich habe auf die eine Million Hektar bereits hingewiesen – nimmt an bayerischen Umweltprogrammen teil. Eine Finanzierung der Maßnahmen im bisherigen Umfang wäre dann, wenn es so kommt, zunächst nicht mehr gesichert. Wir müssten uns dann nach der Decke strecken, um diese wichtigen Leistungen auch in Zukunft anbieten zu können. Die vorgeschlagene Verlagerung der Mittel von der ersten in die zweite Säule bringt keine Vorteile; denn diese Mittel fehlen dann zur Einkommenssicherung in der Landwirtschaft. Die Landwirte müssten quasi ihre zusätzlichen Leistungen in der zweiten Säule selbst finanzieren.

Das ist keine ehrliche Politik. Das war nie die bayerische Politik. Das wäre eine Politik zulasten unserer Bäuerinnen und Bauern, und dagegen wenden wir uns, wie Sie wissen, schon seit jeher. In ganz bestimmten Bereichen in der zweiten Säule muss auch wieder eine Anreizwirkung möglich sein, damit man besonders gewünschte Leistungen wirklich besser fördern und damit auch voranbringen kann.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Ich glaube, zumindest in diesem Haus ist Konsens, dass die bürokratischen Lasten vermindert werden müssen. Das gilt insbesondere für die landwirtschaftlichen Betriebe, aber auch für die Verwaltungen in Bayern, auf deutscher Ebene und auf europäischer Ebene. In der Detailausgestaltung muss es zwingend zu spürbaren Verringerungen gegenüber den Lasten der laufenden Periode kommen. Wir brauchen weniger Auflagen und dafür mehr Flexibilität in den Mitgliedstaaten und den Regionen. Wir brauchen weniger Kontrollen der Einzelbetriebe, weniger Detailvorgaben, sondern viel

mehr verlässliche Aussagen über die Entwicklung unseres Ökosystems. Dann können wir zielgerichtete Maßnahmen zusammen mit den Bauern planen und umsetzen. Das ist unser Ansatz für die Zukunft. Wir brauchen weniger Vorgaben und weniger Bürokratie und setzen auch in Zukunft auf unser Prinzip: Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht.

Wir müssen auch auf die Tendenzen einer Angleichung der Hektarprämien in Europa achten. Es gilt immer wieder, die Produktionskosten in den einzelnen Ländern zu beachten. Denken Sie an die Kosten der Fläche! Was wir an Pacht bezahlen müssen, zahlen in anderen Ländern die Käufer der Fläche. Daran kann man sehen: Die einen müssen einen Betrag jedes Jahr bezahlen; die anderen zahlen ihn einmal, und dann gehört ihnen die Fläche. Darum müssen in der Zukunft die Hektarprämien unterschiedlich ausfallen.

Wir wollen mit unseren Vorschlägen unseren bäuerlichen Familienbetrieben eine gute Zukunft und vor allem planbare Zukunftsperspektiven bieten und gleichzeitig die gesellschaftlichen Anforderungen und Forderungen in die Agrarpolitik integrieren, wie wir das in den letzten Jahren erfolgreich gemacht haben. Nicht zuletzt honorieren wir zusätzliche Leistungen unserer Landwirtschaft im Kulturlandschaftsprogramm und im Vertragsnaturschutzprogramm. Das leistet kein anderes Bundesland, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Unser Prinzip heißt: Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht. Das funktioniert, wenn man Leistungen angemessen honoriert. Das möchten wir auch in der neuen Programmperiode der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020 im Sinne größtmöglicher Subsidiarität und mit weniger bürokratischen Lasten gerne beibehalten. Wir werden uns für eine starke erste Säule und natürlich auch für eine starke zweite Säule einsetzen; dabei wird es mit uns keine Abstriche geben.

Wir, die CSU, bitten um Zustimmung zu unserem Antrag. Wir stimmen auch dem Antrag der FREIEN WÄHLER zu. Seine Inhalte liegen ganz auf unserer Linie. Unklar ist

der Hinweis im fünften Absatz auf die Besonderheiten der deutschen Agrarpolitik, auf die man eingehen sollte. Wir haben das so bewertet: Die FREIEN WÄHLER glauben, dass wir eine Landwirtschaftsministerin von der CSU brauchen. Auch der frühere Agrarminister Helmut Brunner hat in diesem deutschen Konzert hervorragend agiert, hervorragend verhandelt und für die bayerische Landwirtschaft das Beste herausgeholt.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Ist das jetzt ein Misstrauensvotum gegen die Frau Klöckner?)

Vor diesem Hintergrund werten wir diese Passage der FREIEN WÄHLER.

Wir lehnen den Antrag der GRÜNEN ab. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer die Direktzahlungen abschaffen will, der legt die Axt an die bäuerlichen Betriebe in Bayern. Wer nicht versteht, dass diese Leistungen, diese Zahlungen, unsere Strukturen stabilisieren und gerade für uns wichtig sind, der sollte nicht in der Landwirtschaft Verantwortung tragen. Die Behauptung, die Bauern würden dafür nichts leisten,

(Alexander König (CSU): Sicher nicht!)

schlägt dem Fass den Boden aus. Wer das behauptet, kennt sich in der Landwirtschaft nicht aus.

Der SPD-Antrag enthält viele Passagen, über die wir uns immer wieder einig sind. Wir können ihm trotzdem nicht zustimmen, weil Sie im dritten Absatz weitere ökologische Kriterien für die erste Säule fordern. Da differenzieren Sie überhaupt nicht, was das sein soll. Wir brauchen keine weiteren Auflagen; wir wollen keine zusätzliche Bürokratie. Natürlich braucht es Kriterien; aber so, wie das formuliert ist, ist uns das viel zu schwammig. Vor allem ist unter einem Spiegelstrich im letzten Absatz zu korrigieren, dass die Förderung des Ökolandbaus in der zweiten Säule, nicht in der ersten Säule erfolgt. Außerdem sind beim Ausbau des Ökolandbaus immer auch die Marktverhältnisse zu beachten. Wir können Ihrem Antrag leider nicht nähertreten.

Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag, im Sinne der bäuerlichen Landwirtschaft in Bayern. Ihr fühlen wir uns verpflichtet. Für sie werden wir auch auf deutscher und europäischer Ebene weiter kämpfen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke sehr, Kollege Schöffel. – Kollegin Sengl für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte sehr.

Gisela Sengl (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist wirklich gut, dass die CSU den vorliegenden Dringlichkeitsantrag gestellt hat; denn die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union ist ein ganz wichtiges Thema. Das war es aber schon. Das war leider das Einzige, das ich an diesem Antrag positiv finden konnte.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Bravo!)

Bei dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER geht es mir genauso. Wir werden beide Anträge ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Dem SPD-Antrag werden wir zustimmen, weil er wenigstens die Einsicht erkennen lässt, dass irgendwas in der Agrarpolitik nicht mehr stimmt und dass vielleicht etwas Grundlegendes verändert werden muss.

Es ist einfach so: Die EU-Agrarpolitik muss nicht nachgebessert werden, sondern sie muss grundsätzlich verändert werden. Nachbesserungen genügen schon lange nicht mehr. Das bisherige System der Direktzahlungen hat weder den Strukturwandel aufgehoben noch die Landflucht bekämpft. Im Gegenteil: Dieses System hat die Erzeuger zu reinen billigen Rohstofflieferanten für die großen Verarbeitungsbetriebe und Handelskonzerne degradiert und die Umweltschutzprobleme und die Tierschutzprobleme extrem verschärft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gestern kam die Stellungnahme des Umweltbundesamtes zur Neuordnung der Gemeinsamen Agrarpolitik – GAP – raus. Ich zitiere die Präsidentin des Umweltbundesamtes:

Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik muss es endlich schaffen, dass nicht mehr die Betriebe das meiste Geld bekommen, die die meisten Flächen bewirtschaften, sondern diejenigen, die am meisten für die Umwelt tun –

(Beifall bei den GRÜNEN)

zum Beispiel gezielter düngen, weniger Pestizide einsetzen oder Blühstreifen und Ausgleichsflächen für Insekten schaffen. Mehr Ökologie darf kein Nischenthema sein. Wir brauchen mehr Umweltschutz auch in den konventionell arbeitenden Betrieben.

Das ist ein Zitat aus einer Mitteilung des Umweltbundesamts, die gestern rausgekommen ist. Das hat der Frau Klöckner, glaube ich, nicht so gut gefallen.

Wir brauchen auch Geld für eine andere Nutztierhaltung, die diesen Zielen gerecht wird und damit auch wieder gesellschaftlich akzeptiert wird.

Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeslandwirtschaftsministeriums hat sich gestern dazu auch zu Wort gemeldet, und zwar mit Folgendem: Das Kernproblem der gegenwärtigen EU-Agrarpolitik ist deren einseitige Fokussierung auf die Stützung der landwirtschaftlichen Einkommen. Die Direktzahlungen sind verteilungspolitisch nicht zu rechtfertigen. Wir plädieren für eine konsequente Orientierung an den Gemeinwohlzielen in den Bereichen Umwelt-, Klima- und Tierschutz sowie ländliche Entwicklung.

Wir brauchen eine echte Systemveränderung. Wir brauchen eine Ökologisierung der gesamten Landwirtschaft!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen eine höhere Wertschöpfung in den Regionen. Wir brauchen eine tiefere Wertschöpfung. Das bedeutet, dass wir mehr Lebensmittelhandwerk, mehr Verarbeitung und mehr Vermarktung vor Ort brauchen. Wir brauchen mehr Wertschätzung der ganzen Lebensmittelkette von der Erzeugung über die Verarbeitung und Vermarktung bis hin zum Verbraucher. Wir brauchen mehr regionale Wertschöpfungsketten und regionale Handelskreisläufe. Wir brauchen mehr Struktur und Vielfalt in der Landwirtschaft und keine ausgeräumten Agrarlandschaften.

Wir brauchen auch Vielfalt in den Betriebsformen. Wir unterstützen klar Familienbetriebe. Inzwischen gibt es aber viele alternative Betriebsformen, die genauso unterstützungswert sind. Als Beispiel möchte ich die solidarische Landwirtschaft nennen. Wir brauchen mehr Unterstützung für kleine Betriebe, für Betriebe in Berggebieten und in Regionen mit einer geringen Bevölkerungsdichte.

Für all diese Maßnahmen brauchen wir den großen Topf der EU-Agrarzahlungen. Wir sind für den Erhalt der EU-Agrarzahlungen. Dafür kämpfen wir auch. Wir sind jedoch für zielgerichtete und begründete Zahlungen. Wir brauchen eine Gemeinsame Agrarpolitik, die ökologische, soziale, tiergerechte, klima- und umweltschützende Leistungen honoriert. Wir brauchen eine Agrarpolitik, die unsere Ressourcen schont und die Menschen und den ländlichen Raum wertschätzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das gilt sowohl bei uns als auch weltweit. Unsere aggressive Weltmarktorientierung im Lebensmittelbereich führt teilweise zu schlimmen Verwerfungen in anderen Ländern. Lasst uns gemeinsam für Verbesserungen kämpfen. Dann werden wir unsere ländlichen Räume und damit unsere Heimat erhalten. Wir brauchen einen wirklichen Wandel in der Agrarpolitik. Mit Kosmetik ist uns nicht geholfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Für die SPD hat Herr Kollege Arnold das Wort. Bitte schön.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, die Gemeinsame Agrarpolitik beschäftigt uns schon lange. Wir können die Dinge nicht unabhängig voneinander sehen. Der Antrag erinnert mich ein bisschen an Rumpelstilzchen. Darin wird appelliert, die Mittelreduzierung auf keinen Fall zuzulassen. Wir spielen aber in einem Gesamtkonzert. Zwar ist Bayern darin wichtig und in mancherlei Hinsicht vorbildlich, aber wir müssen akzeptieren, dass die Vorgaben der EU eine Mittelreduzierung vorsehen, nach dem Motto: öffentliches Geld für öffentliche Leistungen. Das ist ein alter Lehrsatz, den auch die SPD in diesem Zusammenhang immer gepredigt hat. Unter diesen Umständen ist das aus unserer Sicht so zu sehen. Wir begrüßen somit den Vorstoß von Phil Hogan zur Begrenzung der Direktzahlungen, weil das einem parteiübergreifenden Beschluss des Landtags vom 17.11. letzten Jahres entspricht.

Wir begrüßen den Beschluss, weil er der bayerischen Situation der Kleinteiligkeit entgegenkommt. Künftig sollen Direktzahlungen ab 60.000 Euro gekürzt und auf jährlich 100.000 Euro je Betrieb gedeckelt werden. Das ist sehr sinnvoll. Weil dies in unserer Begründung stand, haben Sie unserem Antrag ursprünglich zugestimmt. Dann haben Sie die Lunte gerochen und sind wieder zurückgerudert. Sie haben gesagt, dass 60.000 Euro zu wenig seien. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wir haben rund 100.000 landwirtschaftliche Betriebe. Von einer Kürzung ab 60.000 Euro wären 642 Betriebe betroffen. Ihr Idealziel wäre eine Kürzung ab 150.000 Euro. Das steht im "Bayerischen Landwirtschaftlichen Wochenblatt". Das wäre eine Fläche von 500 Hektar. Das ist aus meiner Sicht kein Mittelstand mehr. Das ist ein ziemlich großer Betrieb; in Bayern gibt es davon ganze 34. Dafür setzen Sie sich offensichtlich ein. Wenn Sie sich mit 100.000 Euro zufriedengeben, sind das 330 Hektar Fläche. Das betrifft gerade einmal 125 Betriebe. Sie machen einen Terz, weil eine Degression nicht möglich und hinnehmbar sei. Nennen Sie doch wirklich das Kind beim Namen und sagen Sie: Wir

wollen, dass alles so bleibt, wie es ist. Das machen Sie unter dem Deckmantel der Förderung und der Unterstützung der kleinteiligen Landwirtschaft. Nach dem alten Agrarbericht sind das immer noch Betriebe mit einer Durchschnittsgröße von 34 Hektar. Sie fangen an, für eine Fläche, die zehnmal so groß ist, Schutzmaßnahmen zu erdenken.

(Beifall bei der SPD)

Was ist das für eine Klientelpolitik? Besonders bei der Deckelung muss allerdings darauf geachtet werden, dass keine fiktiven oder künstlich geschaffenen Arbeitskosten diese Regelung aushebeln. Wir führen immer eine Diskussion über die Frage: Wird die Arbeit belohnt? – Wir schlagen vor, uns an die Vorschriften der landwirtschaftlichen Genossenschaft bzw. der Unfallversicherung zu halten. Die Werte zur fiktiven Arbeitsbelastung der Betriebe sind dort schon eingerechnet. In diesem Zusammenhang können wir bewerten, welchen Anspruch der jeweilige Betrieb hat und welchen nicht. Damit wird es auch gerecht.

Die EU sieht jetzt offensichtlich eine Verschiebung der Fördermöglichkeiten und der Aufgabenteilung von der zweiten in die erste Säule vor. Herr Schöffel, das habe ich bei Ihnen nicht verstanden. Der Ökolandbau und benachteiligte Gebiete sind über die erste Säule zu fördern. In Bayern können wir sagen: Das interessiert uns nicht. Aber leider müssen die Mittel aus der zweiten Säule – das haben Sie richtig gesagt – kofinanziert werden. Nichts ist tragischer, als Gelder zurückzugeben, weil EU-Mittel von Ländern, denen es schlecht geht, nicht kofinanziert werden können. Deshalb begrüßen wir, wenn solche Kriterien in die erste Säule aufgenommen werden. Das gilt für den Ökolandbau und die Förderung benachteiligter Gebiete. Ich weise darauf hin, dass nach dem derzeitigen Stand der Ermittlungen rund 60 % der KULAP-Leistungen Ökolandbau-Leistungen sind. Von daher werden erhebliche Mittel frei, um weitere notwendige Maßnahmen umzusetzen.

Ich bin bei Ihnen, wenn Sie sagen, dass die zweite Säule wichtig ist. Das ist die Förderung des ländlichen Raums und die Unterstützung freiwilliger Umwelt- und Klimamaßnahmen sowie Tierwohlleistungen. Das sind freiwillige Leistungen, die kofinanziert werden. Sie haben schon richtig gesagt, dass nur 30 % davon flächenmäßig abgedeckt werden. Außerdem werden nur KULAP-Maßnahmen für Blühstreifen mit gewissen Saatenmischungen genehmigt. Diese blühen zwar in Oberbayern, jedoch nicht in Mittelfranken, weil dort der Boden zu trocken ist. Viele Bäuerinnen und Bauern sagen mir deshalb: In die Maßnahme komme ich gar nicht rein, weil die Saatenmischung nicht zugelassen ist. Was ist das für eine freiwillige Leistung, die nicht wahrgenommen werden kann, weil die bürokratischen Voraussetzungen, die Sie ansonsten bekämpfen, ein Hindernis sind? – Ich gebe zu bedenken, dass wir das gemeinsam überarbeiten sollten.

Sie bezeichnen den Vorschlag, die zweite Säule zu kürzen, als katastrophal für den ländlichen Raum. Wir müssen diese zweite Säule nach wie vor hervorheben. Insofern ist es verwunderlich, dass Sie in Ihrem Antrag fordern, eine Anreizkomponente zu schaffen, und gleichzeitig sagen: Aus der ersten Säule können die Mittel nicht kommen. Wenn Sie die Anreizkomponente um 20 % anheben, muss das irgendwie finanziert werden. Wenn nicht mehr Geld da ist, muss es aus dem Haushalt heraus von der ersten in die zweite Säule wandern. Deshalb können wir schon aus diesem Grund Ihrem Antrag nicht zustimmen. Er ist aus unserer Sicht in sich unlogisch.

Wichtig ist auch, die zukünftige Situation des Ökolandbaus und der ökologischen Maßnahmen richtig zu sehen. Was nützt es uns, wenn wir weiterhin so viel produzieren, aber weder den Absatz noch die Beratungsleistungen in die Bezahlungen, die in der zweiten Säule kofinanziert werden können, aufnehmen? – Das ist ein wichtiges Element, gerade bei 60 % Nebenerwerbslandwirten im Freistaat. Beratungsleistungen hinsichtlich der Klimaziele, des Umweltschutzes oder der Ferkelkastration – Frau Staatsministerin, darüber haben wir gerade gesprochen – sind dringend erforderlich.

Wenn kein Geld dafür da ist, dann nehmen wir nur eine Forderung aufs Parkett und können diese nicht erfüllen, da der Tanz nicht gelingt. Daher ist es wichtig, dass auch dies zukunftsweisend in die GAP 2020 aufgenommen wird. Alles in allem haben die GRÜNEN von der Zielrichtung her das bezeichnet, was sinnvoll ist. Ich muss den GRÜNEN attestieren, dass sie aus meiner Sicht dazugelernt haben. Sie haben den Weg gezeigt, aber niemals ausdrücklich gesagt, dass die erste oder zweite Säule wegzunehmen ist. Deswegen stimmen wir Ihrem Antrag zu. Sie sehen das Problem, aber Sie drücken sich im Prinzip hier und heute darum zu sagen, wie es gehen soll. Wir sagen, wie es geht.

Da die Zeit abläuft, habe ich keine Möglichkeit mehr, dies konkreter darzustellen. Unsere Vorstellungen gehen aus dem Antrag hervor. Die Staatsregierung soll das nutzen und sich dafür einsetzen, dass der ökologische Landbau und benachteiligte Gebiete in die erste Säule eingebaut werden, dann fällt die Kofinanzierung weg. Andere Mittel sind somit frei.

Den Antrag der FREIEN WÄHLER lehnen wir ab. Die FREIEN WÄHLER wollen Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht. Schauen Sie sich einmal die Trinkwassersituation an. Da ist nichts. Deswegen lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Dr. Herz von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben soeben eine interessante Darstellung gehört. Der Kollege Schöffel hat von der guten Förderung in Bayern berichtet. Der Kollege Arnold hat zu Recht betont, dass es bei der Förderung jetzt auch Grenzen nach oben gibt. Eines müssen wir jedoch feststellen: Es wird häufig vergessen und es wird immer so dargestellt, als ob man den Landwirten Almosen zukommen lässt. Im Grunde genommen sind die Förderungen

aus der Notwendigkeit entstanden, Einkommensverluste auszugleichen. Ich denke an die Flächenprämien. Ohne diese Prämien wäre die Landwirtschaft in Bayern nicht mehr sinnvoll möglich. Ich denke an die Ausgleichszulage. Ohne diese hätten wir in Berggebieten vielfach keine Landwirtschaft mehr. Die Maßnahmen des Kulturlandschaftsprogramms sind Maßnahmen für erbrachte Leistungen, wenn beispielsweise auf mineralischen Stickstoff verzichtet wird.

Ich möchte nun auf die einzelnen Anträge eingehen. Ich komme zunächst zum Antrag der CSU-Fraktion. Natürlich ist nun vom EU-Kommissar Hogan die Mitteilung erschienen, wie das Ganze aussehen soll. Aber, liebe Kollegen von der CSU-Fraktion, wir wissen alle sehr gut, dass wir das in dieser Legislaturperiode nicht mehr schaffen werden. Eine Reihe der genannten Probleme hätte nämlich schon früher in Angriff genommen werden können. Aber wir haben ja noch vier Monate bis zur Wahl, da kommen solche Dinge immer sehr gut an. Jedoch muss unser gesamter Blick auf diese Themen gerichtet sein.

Ich will die Themen im Einzelnen durchgehen. Sie fordern, dass die Mittel der ersten und zweiten Säule möglichst auf bisherigem Niveau beibehalten werden. Dieser Forderung kann man zustimmen. Ich gehe aber noch einen Schritt weiter und sage, dass man konkrete Angaben machen muss. Es geht nicht, dass wir hier kürzen. Damit ist die bäuerliche Landwirtschaft in Bayern gefährdet. Ich muss Sie daran erinnern, dass Ministerpräsident Söder mit den Ministern neulich in Brüssel geäußert hat, dass sich Bayern in der Lage fühlt, dies notfalls auch auszugleichen. Ich warne hier ein Stück weit. Vorgestern habe ich gelesen, dass Bayern 2030 schuldenfrei sein wird. Liebe Kollegen von der Regierungsfraktion, ich habe hier Sorge. An sich ist es so, dass nur die Opposition nicht mit Geld umgehen kann.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Wir können das!)

Ich habe inzwischen Sorge, dass Sie sich hier anschließen wollen.

(Tobias Reiß (CSU): Lächerlich!)

Beide Versprechen einzuhalten, wird auch Bayern nicht leisten können.

Als weiteren Punkt möchte ich die Verhinderung der Verlagerung der Mittel von der ersten in die zweite Säule ansprechen. Hier fehlt mir eine klare Betonung, dass das nicht geht. Diese Mittel sind nötig. Natürlich wissen alle erfahrenen Politiker, dass es in der Regel etwas schlechter kommt, als gefordert. Aber wenn wir nichts fordern, dann können wir nicht erwarten, dass etwas Vernünftiges herauskommt.

Nun komme ich zum dritten Punkt. Es freut mich, dass Helmut Brunner als Minister hier etwas erreicht hat; Jürgen Ströbel wird dies bestätigen können. Es ist nicht so einfach, die ersten 30 Hektare besser zu dotieren. Ich weiß aus einer kleineren Funktionalität, dass sich gerade nord- und ostdeutsche Betriebe vehement dagegen wehren, dass die kleinen Betriebe eine gesonderte Förderung bekommen. Hier bitte ich zu bedenken, dass diese Forderung ein hehres Ziel ist. Der Deutsche Bauernverband wird sich nicht so einfach dazu bereit erklären, den kleineren Betrieben noch etwas dazuzugeben, damit die Großen dies gesellschaftspolitisch vertreten können. Nein, das wird ein harter Kampf. Das müssen wir dazu sagen. Die Realitäten werden sehr schwierig sein.

Zum vorletzten Punkt sei noch etwas gesagt. Hinsichtlich der Nachweispflichten von Lohn- und Arbeitskosten auch für kleinere und mittlere Betriebe haben Sie mit der SPD in Berlin die Möglichkeit gehabt, etwas zu unternehmen. Jedoch haben Sie bei den Aufzeichnungspflichten nachgegeben; aus Ihrer Sicht mussten Sie das tun. Das war der Kompromiss.

(Horst Arnold (SPD): Das hat doch mit dem nichts zu tun! Das ist doch grober Unfug!)

Aber dies sind Probleme, die in der Vergangenheit liegen. Diese Probleme sind auch ein Stück weit selbst verschuldet.

Die Forderung, die sogenannten delegierten Rechtsakte auf ein Mindestmaß zu beschränken, ist klar. Aber hier gehört eine klare Betonung dazu. Das hätten wir bereits in der Vergangenheit tun müssen. Bayern und Deutschland haben in diesen Dingen oft noch eins draufgesetzt.

Zum Schluss ist auf bundeseinheitliche Regelungen innerhalb der GAP einzugehen. Familienbetriebe müssen ausreichend berücksichtigt werden. Das ist eine notwendige gesellschaftliche Forderung.

Ich komme nun zum Abschluss. Wir werden dem CSU-Antrag zustimmen. Beim SPD-Antrag und dem Antrag der GRÜNEN können wir nicht zustimmen. Mit der SPD gibt es zwar eine große Übereinstimmung, aber, dies gilt auch für den Antrag der GRÜNEN, wir werden nicht zulassen können, dass zwischen ökologischen Betrieben und konventionellen Betrieben erneut ein Keil getrieben wird. Das hatten wir schon in den Achtzigerjahren. Mit solchen Anträgen würden wir dies wieder aufwärmen.

(Horst Arnold (SPD): Ach was!)

Dies muss ein Stück weit auch organisch wachsen. Liebe Kollegen von den GRÜNEN, mir gefällt gar nicht, dass die außerlandwirtschaftliche Bevölkerung praktisch abstimmen kann, wie wir Tierschutz zu machen haben. Wir Landwirte wissen das selber am besten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Letzte hat nun die Frau Staatsministerin Michaela Kaniber das Wort. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Gemessen an den Ankündigungen bin ich von den Vorschlägen natürlich enttäuscht. Es sollte ein großer Aufschlag werden. Man hat nur Bestes erwartet. Jetzt kommen diese absoluten

Rückschläge. Die Quintessenz ist einfach und lautet: Weniger Unterstützung, höhere Auflagen und mehr Bürokratie. Das kann unmöglich ein faires Angebot für unsere Landwirte sein.

(Beifall bei der CSU)

Es gibt zwar vielversprechende Lichtblicke, die Bayern einbringen konnte. Hierzu zählen das klare Bekenntnis zu den zwei Säulen, den Direktzahlungen als Einkommensunterstützung für unsere Landwirte in der EU und die stärkere Umverteilung bis hin zu unseren kleinen und mittleren Betrieben. Aber die Traurigkeit liegt darin, dass eine Kürzung der Direktzahlungen um 3,9 % angekündigt wurde. Das schmerzt natürlich. Unter derzeitigen Verteilungsbedingungen – wir haben dies vom Kollegen Schöffel eindrücklich gehört – würde dies für Bayern derzeit aus der ersten Säule tatsächlich 40 Millionen Euro bedeuten.

Allein etwa ein Drittel des Gewinns unserer landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe stammt aus den EU-Direktzahlungen. Manche haben das anscheinend immer noch nicht begriffen. Lieber Herr Herz, ich danke Ihnen ausdrücklich; Sie haben mir das schon vorweggenommen. Diese Zahlungen sind keine Almosen. Sie sind Nährboden und Basis für vielerlei Leistungen, die unsere Landwirtschaft für die Gesellschaft insgesamt erbringt. Sie sind genau die Basis, die auch wirtschaftlichen Erfolg auf den Höfen garantiert.

Manche Politiker und Gruppierungen sagen so leichtfertig, die Direktzahlungen müssen gekürzt oder mit weiteren Auflagen versehen werden. Wer das so platt sagt, kürzt geradewegs unseren bäuerlichen Betrieben das Einkommen. Er entzieht ihnen regelrecht den Boden unter den Füßen. Am Ende ist genau das der Punkt, liebe Frau Kollegin Sengl, der den Strukturwandel vorantreibt. Ich muss eine kleine Berichtigung einschleichen: Der Strukturwandel bei den Betriebsaufgaben liegt seit Jahren bei 1,1 %. Es ist also nicht in Ordnung, wenn Sie das so propagieren.

(Beifall bei der CSU)

Aus meiner Sicht ist ebenso unverantwortlich die Kürzung um 15 % bei den Mitteln in der zweiten Säule. Auch hier liegen wir bei einem Wert von 30 Millionen Euro. Diese Kürzungen stehen in völligem Gegensatz zu unseren Angeboten, die wir dem ländlichen Raum immer wieder machen. Wer Kommissar Hogans Vorschläge im Vorfeld gehört hat, konnte seinen Ausführungen durchaus viel Gutes abgewinnen, allem voran das Versprechen von weniger Bürokratie und mehr Entscheidungsspielräumen für unsere Regionen, für unsere Länder und die Mitgliedsstaaten. Den Grundsatz würden wir auch gerne weiterhin uneingeschränkt mittragen, und wir würden uns auch wünschen, dass da noch viel Bewegung hineinkommt. Aber was jetzt gerade als Verordnungstext vorliegt, verfehlt sogar die Ziele der EU, die sie sich selbst gesteckt und selbst vorgeschrieben hat. Sie sind alle verfehlt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in der Vergangenheit viele Vorschläge zur Deregulierung eingebracht und haben dafür nicht nur von den Bäuerinnen und Bauern durchwegs positive Rückmeldungen erhalten. Leider muss man sagen, dass es momentan den Anschein hat, dass unsere Saat in Brüssel nicht auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Brüssel täte daher sehr gut daran, den Regionen jetzt in den Aussprachen und dann im EU-Parlament viel mehr Gehör zu schenken.

(Beifall bei der CSU)

Der Vorschlag der EU-Kommission wirkt auf mich wie ein großes Missverständnis, und ich hoffe sehr, dass es nicht irgendwann so weit kommt, dass sogar unsere Landwirte das Verständnis für Europa verlieren. Bayern hatte natürlich einen wunderbaren Kämpfer; Helmut Brunner sitzt heute hier. Lieber Helmut Brunner, Du hast in der EU-Agrarpolitik immer wieder sehr große Stärke bewiesen. Deiner Verhandlungsstärke ist es auch zu verdanken, dass wir immer wieder sehr viel für Bayern erreichen konnten. Ich denke da an die Junglandwirteprämie, an die Umverteilungsprämie oder seit heuer den Wegfall der Prüfung des aktiven Landwirts. Daran möchte die Staatsregierung festhalten und weiter anknüpfen.

Unsere Forderungen sind einfach und sehr klar. Erstens brauchen wir mehr Geld für die bayerischen Familienbetriebe, besonders für die kleinen und mittleren Betriebe. Aber ich glaube, da sind wir alle absolut einig.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

– Aber auch für diese Diskussion sind wir offen, lieber Herr Arnold. Ich weiß nicht, aus welcher Zeitung Sie Ihre Zahl haben. Wir sind da durchaus offen.

Ich bin der absoluten Überzeugung, dass wir genau das ausgleichen müssen; denn es gibt viele Betriebe, die diese Unterstützung brauchen. Wir brauchen unsere Landwirte für den ländlichen Raum, und wir brauchen in unseren Regionen keine Großbetriebe. An ihnen haben wir kein Interesse; denn sie werden in unseren ländlichen Räumen nie eine Verankerung finden.

Es wäre aus meiner Sicht ein großer Fehler, die sogenannte zweite Säule der GAP im kommenden mehrjährigen Finanzrahmen um über 15 % zu kürzen. Daran ändert auch der Vorschlag Hogans nichts, zweckgebunden bis zu 30 % der Direktzahlungen in die zweite Säule umzuschichten. Nein, ich bin der Auffassung – dabei bleibe ich auch –: Es braucht definitiv eine sehr starke erste Säule zur Einkommensstützung für unsere bäuerlichen Betriebe, und wir brauchen eine ebenfalls finanziell besser ausgestattete zweite Säule, wenn wir die künftigen Herausforderungen in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum ernst nehmen wollen.

Wenn Deutschland schon wesentlich mehr Geld in den EU-Haushalt einzahlen soll, sollte, finde ich, Brüssel auch nachsteuern. Wir sollten schauen, dass auch ein gewisses Quantum an Geld zurückfließt.

Heute stehen wir am Beginn der Debatte, und ich bin dankbar für alle Anträge, die eingegangen sind. Das zeigt, dass wir uns aneinander reiben und hoffentlich gemeinsam zu guten Lösungen kommen werden.

Von bestimmter Seite kommt leider immer wieder die Forderung, öffentliches Geld nur noch für öffentliche Leistungen zu erbringen. Dieses Ziel ist kurzfristig und eindeutig; denn das deutet ganz genau auf die Abschaffung der einkommenswirksamen Anteile der Direktzahlungen hin. Dies ist mit Verlaub tatsächlich ein Generalangriff auf unsere Bäuerinnen und Bauern, und das können wir unmöglich zulassen.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens wollen wir keine zusätzlichen bürokratischen Lasten durch die Hintertür. Was hat es denn für einen Sinn, CrossCompliance und Greening in ein neues System mit dem Namen Konditionalität zu überführen, wenn am Ende die Vorgaben für die Betriebe nicht weniger, sondern sogar mehr werden, wenn keine Vorgabe, nicht einmal die Tierkennzeichnung, gestrichen wird und die Landwirte trotz dieser Vorgaben dann auch noch bestraft werden, indem sie künftig nicht nur für 30 %, sondern für 100 % der Direktzahlungen gelten?

Genauso unverständlich ist die Wiederauflage des aktiven Landwirts unter einem neuen Namen, genannt "der echte Landwirt". Wir müssen versuchen, auch das wieder herauszunehmen. Höhere Auflagen bei weniger Geld können wir, denke ich, alle miteinander nicht wollen und auch nicht mittragen.

Drittens wollen wir keine Übergehung der nationalen Parlamente, sondern genau das Gegenteil: Wir wollen mehr Freiraum für eine regional passende Ausgestaltung. Die geplante Übertragung zahlreicher politischer Entscheidungsbefugnisse an die EU-Kommission durch die Hintertür mit Hilfe sogenannter delegierter Rechtsakte ist für uns völlig inakzeptabel. Das würde der Brüsseler Regelungswut unter dem Stichwort Konditionalität nur noch mehr Tür und Tor öffnen.

Ich habe schon gesagt, wir stehen am Anfang der Diskussion. Ich werde am 10. Juli zur Agrarministerkonferenz fahren und die Wünsche, Anregungen und Hoffnungen Bayerns direkt mit einbringen. Ich freue mich natürlich, dass Österreich in der zweiten Jahreshälfte den Ratsvorsitz übernimmt und wir da hoffentlich im engen Schulter-

schluss mit Österreich weiterkämpfen werden. Ich denke, es ist eine Selbstverständlichkeit, dass wir jetzt auf allen Ebenen – in der EU, im Parlament und im Rat – für die Belange Bayerns kämpfen. Ich werde persönlich alles dafür tun, dass wir das Beste ermöglichen können. Ich danke allen, die sich heute eingebracht haben.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Staatsministerin, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Frau Kollegin Sengl hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet. – Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Gisela Sengl (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Ich habe eine Zwischenbemerkung und eine kleine Frage. Erst einmal glaube ich, dass es wieder eine Verwechslung gibt. Ich kämpfe genauso für die Erhaltung des Topfes. Ich will unbedingt, dass die Summe gleichbleibt, und die Landwirtschaft hat das auch verdient. Wir wollen nur, dass man daran einfach Bedingungen knüpft, dass die Zahlungen begründet sind.

Ich meine, man kann eigentlich nicht sagen, dass das platt ist, was der wissenschaftliche Beirat des Bundesumweltministeriums macht und was der wissenschaftliche Beirat des Bundeslandwirtschaftsministeriums macht. Wenn man sagt, dass das platte Aussagen sind, ist das echt schwierig. Dazu würde ich nicht raten.

Eines ist auch ganz klar: Es wird immer von einem Bürokratiemonster geschrieben. Aber es sollte selbstverständlich sein, dass man dann, wenn man Zahlungen erhält – das sind die von uns erbrachten Steuergelder, und es ist schön, dass wir dafür so viel Steuergelder aufbringen –, auch bereit ist, eine gewisse Kontrolle über sich ergehen zu lassen; denn man kann nicht einfach sagen: Du kriegst Geld; aber wir schauen nicht nach, wofür es hergenommen wird. Die Zahlungen müssen ganz klar begründet werden. Das ist auch ein Auftrag. Die Richtung, in die Phil Hogan geht, finden wir nicht gut; aber ich glaube, das wird nicht mehr aufzuhalten sein.

Ich glaube, Bayern wäre wesentlich besser aufgestellt, wenn wir uns jetzt schon etwas dazu überlegen, anstatt zu sagen "Nein, um Gottes Willen. Wir möchten überhaupt nichts verändern. Wir machen gar nichts. Wir lassen alles so, wie es ist." – So, wie es ist, kann es nicht weitergehen. Ich würde Ihnen empfehlen, morgen bei der Anhörung über die biologische Vielfalt in Bayern dabei zu sein. Ich habe nur ganz kurz die Stellungnahmen überflogen. Auch von der Landesanstalt für Landwirtschaft wird gerade das Greening – das war sozusagen ein Flop – groß kritisiert. Da muss mehr passieren. Da ist die Landwirtschaft natürlich beteiligt. Wenn sich Landwirte da engagieren, bekommen sie genauso viel Geld wie vorher. Da geht es einfach um das Engagement für Umweltschutz, Tierschutz und Klimaschutz. Das wollen wir bezahlen, alles andere nicht mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Liebe Frau Kollegin Sengl, ich kann Sie ja verstehen, hat doch Ihr Antrag gewissermaßen eine komplett andere Grundhaltung. Er zielt darauf ab, nur auf Bio umzustellen und nur dahingehend Unterstützung zu gewähren. Ich finde, das kann nicht der richtige Weg sein. Es gibt dafür keinen ausreichenden Markt. Das wissen Sie besser als ich. Ich glaube, dass wir in vielen Naturschutzprogrammen und auch im KULAP sehr viele Möglichkeiten haben. Ich bin überzeugt: Unsere Landwirte leisten eine großartige Arbeit mit jetzt schon vielen Auflagen. Wir kämpfen gegen weitere Verschärfungen und wollen das einfach nicht. Schlussendlich geht es nur darum, dass wir den Landwirten ermöglichen können, tatsächlich ein normales und anständiges Leben zu führen für die harte Arbeit, die sie machen. Wir finden einfach nicht in Ordnung, diejenigen Säulen anzupacken, die genau dieses Leben ermöglichen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Staatsministerin. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Der Kollege Schöffel hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet. Herr Kollege Schöffel, bitte schön.

Martin Schöffel (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Liebe Frau Staatsministerin, bitte geben Sie mir die Gelegenheit, an dieser Stelle noch etwas zu den Ausführungen der Kollegin Sengl zu sagen. Wenn sie sagt, so kann es in der Agrarpolitik nicht mehr weitergehen, dann möchte ich sagen: So, wie die Kollegin Sengl mit den Bauern in diesem Land umgeht, kann es nicht mehr weitergehen.

(Beifall bei der CSU)

Die Kollegin Sengl hat bei ihrer letzten Rede im Parlament gesagt, die Leute in Bayern wollen endlich mal wieder etwas Gescheites zum Essen. Sie hat schon im Agrarausschuss gesagt, sie isst lieber Äpfel aus Südamerika anstatt die vom Bodensee.

(Alexander König (CSU): Unglaublich!)

In einem Antrag, dem ersten Antrag der GRÜNEN zur Umsetzung der Düngeverordnung, war die Rede davon, die Bauern stärker zu kontrollieren und konsequent zu bestrafen.

(Alexander König (CSU): Wahnsinn!)

Wenn Sie heute hier sagen, bei der ersten Säule werden die Gelder einfach ausbezahlt,

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Frage an die Ministerin!)

es wird keine Gegenleistung dafür erbracht und es muss auch noch scharf kontrolliert werden, dann kann ich nur sagen: Das ist Politik gegen die Bauern, was Sie hier machen, und nicht Politik für die Bauern.

(Beifall bei der CSU)

Ich glaube, dass unsere Ministerin dazu auch noch etwas sagen wird.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Ich würde sagen, da gibt es eigentlich nichts mehr hinzuzufügen,

(Beifall bei der CSU – Peter Winter (CSU): Richtig!)

außer, dass man noch einen Satz nachschiebt, und zwar: Wenn man an das Tierwohl denkt und an alle Probleme, die Sie genannt haben, liebe Frau Sengl, dann finde ich, leugnet man viele Wahrheiten, dass nämlich jeden Tag ein wunderbarer Hof in Betrieb geht, der perfekt auf Tierwohl achtet. All diese Dinge wollen Sie einfach unter den Tisch fallen lassen. Das finde ich nicht in Ordnung. Aber ich denke, der Kollege Schöffel hat das bestens ausgeführt. Dem gibt es wahrlich nichts mehr hinzuzufügen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Jetzt hat sich noch mal die Frau Sengl für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Wort gemeldet; sie haben noch sieben Minuten. Bitte schön, Sie haben hier das Rednerpult.

Gisela Sengl (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Jetzt muss ich doch noch ein bisschen dazu sagen. Erstmal möchte ich mit dem Mythos aufräumen: Wenn man sich für Ökologisierung in der Landwirtschaft einsetzt, heißt das nicht, dass man alle Bauern dazu zwingt, Biobauern zu werden. Ökologisierung in der Landwirtschaft heißt zum Beispiel, Pestizideinsatz zu minimieren, wie es das Umweltbundesamt empfiehlt.

(Manfred Ländner (CSU): Wird doch gemacht! – Zurufe von den GRÜNEN)

– Ach, wird gemacht? Ich finde es interessant, dass ihr eure eigenen Gremien – – Ich meine, ihr seid ja schon ganz schön lang an der Bundesregierung beteiligt. Ministerin Klöckner wird sich sehr schwer tun. Jetzt hat sie schon zwei Beiräte gegen sich, die

genau das Gegenteil von dem sagen, was sie immer nach außen erzählt. Irgendwann kommt das Ganze mal ins Trudeln. Natürlich gibt es eine Öffentlichkeit, die etwas bemerkt. Wer bekommt denn die ganzen Gelder? Ich meine, diese Sache, dass 20 % der Betriebe 80 % der Gelder bekommen, ist immer noch so. Das ist keine Gerechtigkeit. Ihr könnt den Beweis nicht erbringen, dass diese Art der EU-Agrarzahlungen, die in den letzten Jahren praktiziert worden ist, irgendetwas verhindert hat, dass sie irgendeinen kleinen Betrieb erhalten hat, dass sie den Strukturwandel gebremst hat oder sonst irgendetwas. Das hat nur diesen agrarindustriellen Strukturen gedient. Das müsst ihr mal richtig anschauen. Das wollen wir so nicht mehr. Das wollen auch die Leute in Bayern nicht mehr. Die wollen eine regionale, möglichst auch biologische Ernährung, eine ökologisierte Landwirtschaft. Sie wollen wieder in den Seen schwimmen und das Wasser trinken können.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ländner (CSU))

Dafür brauchen wir eine Änderung in der Landwirtschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/22367 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Von den nicht eingeschriebenen Mitgliedern ist niemand da.

(Heiterkeit bei der CSU)

Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/22389 – das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/22390 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/22391 – das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Damit haben wir diesen Punkt erledigt.

Jetzt gebe ich zunächst einmal die Ergebnisse namentlicher Abstimmungen bekannt. Zweite Lesung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Rinderspacher, Rauscher, Deckwerth und anderer und Fraktion (SPD) für ein Bayerisches Seniorinnen- und Seniorenmitwirkungsgesetz, Drucksache 17/19755: Mit Ja haben 30 gestimmt, mit Nein 90, Stimmenthaltungen: 10. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Jetzt gebe ich das Ergebnis der vorhin durchgeführten namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kreuzer, Guttenberger, Erwin Huber und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Der ‚Bayerische Weg‘ bei der Datenschutz-Grund-

verordnung (DSGVO): bürgernah, vereins- und mittelstandsfreundlich!", Drucksache 17/22386, bekannt: Mit Ja haben 124 gestimmt, mit Nein hat niemand gestimmt, Stimmenthaltungen gab es auch keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Wir kommen zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Ritter, Schindler und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Maßnahmen in der Einführungsphase der Datenschutz-Grundverordnung", Drucksache 17/22387: Mit Ja haben 50 gestimmt, mit Nein haben 72 gestimmt, Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Damit wir es heute Nacht nicht vergessen, gebe ich, bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, noch bekannt, dass Frau Staatsministerin a. D. Ulrike Scharf anstelle von Herrn Markus Blume neues Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie wird. Herr Kollege Markus Fröschl wird anstelle von Frau Kollegin Scharf neues Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration. – Ich wünsche Ihnen in den neuen Aufgaben viel Erfolg.